Die Resignation.

Die Art und Weise, wie jetzt in Deutschland regiert wird, gefällt so recht keiner Partei. Selbst die Reaktionäre der äußersten Rechten fühlen sich nicht behaglich bei diesem Zustande, daß der oberste Beamte des Reiches niemals wissen kann, ob ihm nicht durch plötzliche, unerwartete Kundgebungen des Monarchen die Kreise seiner Politik zerstört werden, daß keine Partei sicher davor ist, ob sie nicht einmal der Bannstrahl kaiserlicher Ungnade trifft. Wie tief und allgemein dieses Unbehagen ist, das zeigt deutlich der Umstand, daß selbst die Getreuesten der Regierung, die Großindustriellen, ungemütlich werden. Eins der Organe des Scharfmacherbundes, die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz, wendet sich gegen die Resignation, die bei der Behandlung der letzten Kaiserdepesche in der (bürgerlichen) Presse hervorgetreten sei in der allgemeinen Bemerkung, daß sich gegen die Wiederkehr solcher Fälle nichts thun lasse. Sie schreibt:

„Allerdings, durch Besprechungen beim Etat und wenn sie mit noch so großem Aufwand von Pathos inszeniert werden, auch durch feierliche Interpellationen wird man Wirkungen in gedachter Richtung schwerlich erzielen. Möglich wäre das aber doch wohl; nur müßte der Reichstag entschlossen sein, vom Reden zum Handeln überzugehen, müßte entschlossen sein, z. B. einem Reichskanzler, der als leitender Staatsmann in einer Reihe von Jahren ein solcher nicht zu werden vermochte, den Etat zu verweigern. Allerdings, das wäre ein sehr heroisches Mittel, denn das wäre der Konflikt. Wir sind auch weit davon entfernt, dieses Mittel etwa gar empfehlen zu wollen, wir anderen wollten wir, daß der Reichstag an der Fortdauer des Chaos nicht ohne Schuld ist, weil er dem Grafen Bülow zu seiner Ueberwindung nicht den genügenden Rückhalt bot. Wenn es aber hieran fehlte, so hat die Hofluft daran schuld. Zwar wenn man von der Sozialdemokratie und einer Handvoll Unentwegter links ab, so hat bisher nur die Rechte den Mut ihrer Meinung auch gegenüber Intentionen höchster Stelle gefunden; während unser sogenanntes freisinniges Bürgertum nach Ordensstreben schielt, von ihr für sich selbst oder für seine Söhne und Schwiegersöhne etwas erwartet und gleichzeitig damit spekuliert, daß man noch gar nicht wissen könne, ob nicht Se. Majestät den so „loyalen" Freisinn schließlich auch noch einmal ins Regiment bringen werde."

Die Deutsche Tagesztg. bemerkt dazu:

„Wir begnügen uns mit der Wiedergabe dieser Darlegungen, ohne unsererseits dazu Stellung zu nehmen und ohne uns damit zu identifizieren. Die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz deutet aber, indem sie ausdrücklich ablehnt, die Verweigerung des Etats empfehlen zu wollen, selbst darauf hin, daß diejenigen, gegen welche sie sich wendet, im Grunde genommen recht haben. Es giebt eben kein verfassungsmäßiges Mittel, diesem unerfreulichen Zustande ein Ende zu machen. Das einzige, das es giebt, ist so bedenklich, daß es kaum empfohlen werden kann. Wenn es aber so ist, dann ist es überflüssig und unmännlich, die Ausdrücke thatenlosen Bedauerns immer und immer zu wiederholen."

Die Worte des agrarischen Blattes charakterisieren den Artikel der Volksw. Korresp. nicht übel. Es ist das zwecklose Gefasel des Impotenten. Energische Mittel zu empfehlen wagt das Blatt der Industriellen nicht — aber es möchte doch ein wenig damit drohen, daß solche Mittel vielleicht einmal in ferner Zeit in Anwendung kommen könnten. Man kann sich unschwer ausrechnen, was für einen Eindruck derartige Drohungen, die keine Drohungen sein sollen, auf einen selbstbewußten Gegner machen müssen. Aufrichtiger, wenn auch nicht männlich, ist es allerdings, wie die Deutsche Tagesztg. anzuerkennen, daß man das einzige Mittel gegen das persönliche Regiment nicht anwenden kann, weil Bourgeoisie wie Junkertum fürchten, daß bei einem Konflikt mit dem Monarchen ihre materiellen Interessen geschädigt werden könnten und weil sie namentlich den Schutz der Krone vor der Sozialdemokratie brauchen.

Noch prägnanter fast kommt das Gefühl der Ohnmacht — oder besser gesagt, die Berechnung, daß um der lieben Profitinteressen willen „kleine Unannehmlichkeiten" in den Kauf genommen werden müssen — in einem Artikel der Köln. Ztg. zum Ausdruck.

Das rheinische Unternehmerblatt schrieb:

„Es ist der bare Schabernack und ein Versteckspielen mit der Wahrheit, was man um dieses Kaisertelegramm treibt. Man sträubt sich und spreizt sich und häuft Theorie auf Theorie, wie es sein könnte und sein müßte, während es sich doch, wenn man den Dingen auf den Grund geht, um nichts anderes handelt als darum, ob man die monarchische Staatsverfassung mit allen ihren Konsequenzen in der bestehenden Form erhalten und stützen oder ob man sie abschaffen soll... Es ist in der That die Voraussetzung der Zustimmung zu monarchischen Staatseinrichtungen, besonders wenn sie der Krone einen so großen Einfluß auf die Regierung einräumen wie in Preußen, daß man die Person des Monarchen nimmt, wie sie ist, und sich mit deren Eigenschaften abfindet, es sei denn, daß sie die Vorzüge der Monarchie aufheben oder gar vereiteln. Wer also aus politischer Ueberzeugung Monarchist ist, wird darum nicht auf die Kritik verzichten, aber er wird sie so äußern, daß er durch sie die Autorität des Monarchen nicht beeinträchtigt, denn dadurch würde er am letzten Ende nur die Einrichtung schädigen, die er fordern möchte. Er wird sich daher bemühen, seine Kritik frei zu halten von versteckten Spitzen und verletzenden Nadelstichen, er wird auch dem Kitzel widerstehen, durch Ausbreitung eines protzigen Bürgerstolzes vor Königsthronen noch den billigen Lorbeeren einer weiterwendischen Volksgunst zu haschen. Uebt er derart seine Kritik, so darf er auch Anspruch darauf machen, gehört zu werden, wenn sie sich im Interesse des Ganzen gegen Handlungen der Krone richtet. Wer also vorurteilslos Menschen und Dingen gegenübersteht, wird am Ende finden, daß neben den Eigenschaften des Monarchen, die er für unerfreulich und unerwünscht hält, doch auch andere gute und erfreuliche sich geltend machen, und daß die Summe aller den Charakter, die Persönlichkeit ausmachen, so wie sie eben ist, so wie man sie kennt und nicht entbehren möchte, eine Persönlichkeit, auf die man vielleicht (vielleicht in gut! D. R. d. S. A. Z.) sogar alle Ursache hat, stolz zu sein."

Freilich, fährt das Blatt dann fort, giebt es ja auch Leute, die den Monarchen nicht mögen, weil sie monarchische Staatsformen nicht wollen. Heine meinte: „Bedenk' ich die Sache ganz genau, so brauchen wir keinen Kaiser." Aber die Köln. Ztg. ist anderer Ansicht. Sie schließt ihre Artikel mit der Behauptung: „Wir brauchen einen Kaiser, wir brauchen den Kaiser!" Weshalb „wir" ihn brauchen, das sagt sie diesmal nicht, aber der Leser kann den Grund leicht erkennen, wenn er sich erinnert, daß vor etwa einem Jahrzehnt die Köln. Ztg. im Unmut über das neue schärfere preußische Einkommensteuergesetz damit drohte, daß die Industriellen zu einer Revision ihrer monarchischen Ueberzeugung kommen könnten! Im übrigen hat die Köln. Ztg. die Konsequenzen des monarchischen Systems sehr gut dargestellt.

Da es nicht den befähigtsten, sondern den jeweiligen ältesten Sproß einer bestimmten Familie an die erste Stelle des Staates stellt, so giebt es keine Gewähr, daß der Herrscher den Anforderungen, die seine Stellung an ihn stellt, auch zu genügen vermag. Wer dieses System für gut hält, muß deshalb sich auch mit dem Monarchen abfinden, dessen Wirken seinem Geschmack nicht entspricht. Das so nebenbei. Für uns am wichtigsten ist die müde Resignation, die aus den zitierten Artikeln der Organe zweier wichtiger Bestandteile der herrschenden Klasse spricht. Sie verzweifeln daran, die Krone jemals so zu ihrem Werkzeug machen zu können, wie es Englands herrschende Klasse gethan hat. Diese Resignation ist ein Zeichen von der Macht, die das Proletariat in Deutschland gewonnen hat. Die Arbeiterklasse verspürt freilich auch nichts von dieser müden Resignation, in ihr lebt ungebrochen der Kampfesmut, der den Sieg verbürgt.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. August. Der Kaiser hat am Montag der Enthüllung des „Schlußsteins der Siegesallee", des Roland-Brunnens beigewohnt. Eine Rede hat er nicht gehalten. Am selbigen Tage nahm er noch an der Einweihung einer neuen Kirche teil, die mit dem üblichen militärischen Pomp stattfand.

— Oberbürgermeister Kirschner, der einst so lange Unbestätigte, hat jetzt vom Kaiser bei der Enthüllung des Roland-Brunnens einen Orden erhalten.

Was der Kaiser wünscht. In Berlin tagt jetzt der Provinziallandtag der Provinz Brandenburg. Der Kaiser hat die Festessen, die bei dieser Gelegenheit stattfinden, schon öfter zum Erlaß von Kundgebungen benutzt, die politische Bedeutung hatten. Auch diesmal hat er eine Rede gehalten, die freilich weniger als manche ihrer Vorgängerinnen in das politische Leben eingreift, da sie nicht an bestimmte politische Erscheinungen der Zeit anknüpft, die aber einen guten Einblick in die Auffassung gewährt, die der Kaiser über sein Verhältnis zum Volke hat. Die Auffassung ist freilich längst bekannt und deshalb sagt uns die Rede nichts Neues. Der Kaiser hielt also bei dem Diner, das im Neuen Palais gegeben wurde, folgende Ansprache:

„Ich heiße von ganzem Herzen die Vertreter der Provinz Brandenburg willkommen, willkommen hier in den Räumen des Neuen Palais, jenes großen Baues, der dem Kopfe des großen Königs entsprungen, um nach den heißen Kämpfen, in denen er um die Zukunft und Größe der Mark und seines Landes gerungen hatte, den Gegnern zu zeigen, daß er noch Geld zur Verfügung habe, auf dem Boden Potsdams, welches das Tuskulum für den König und seine Nachfolger wurde, auf dem Boden geheiligter Erinnerung an Meine Vorgänger, zumal an Meinen seligen Vater und Meine selige Mutter, deren schöpferischem Sinn so manches Schöne zu verdanken ist, was wir jetzt hier im Palais und in der Umgebung von Potsdam bewundern können. Ich freue Mich, die Märker wieder um Mich versammelt zu sehen, denn Ich habe das Gefühl, daß alles, was das Land geworden und das Reich geworden, schließlich beruht auf einer festen Säule, und diese Säule ist die Mark. So wünsche Ich denn von ganzem Herzen, daß es Meinem Hause auch fernerhin beschieden sein möge, treue, zuverlässige, gehorsame und pflichttreue Unterthanen zu haben, wie die Märker es von je den Hohenzollern gewesen sind. Ich erhebe Mein Glas und trinke auf das Wohl der Mark. Die Provinz Brandenburg Hurra! Hurra! Hurra!"

Die Behauptung, daß die Märker den Hohenzollern allezeit treue, zuverlässige und gehorsame Unterthanen gewesen sind, hält vor der Geschichte nicht stand. Mit den Städten und den Rittern der Mark haben in den ersten Jahrhunderten ihrer Herrschaft die Hohenzollern oft harte Sträuße ausgefochten. Einem Ahnen Wilhelms II. wurden vom aufsässigen Junkertum die anheimelnden Worte an die Kammerthür geschrieben: „Jochimken, Jochimken, hüte di, fangen wi di, so hangen wi di!" Diesen Junkertrotz haben die Nachkommen der Raubritter von ehemals freilich verlernt, aber unbequeme Gesellen sind sie heute noch für die Regierung, die ihnen ihre Schnappsäcke nicht ganz so hoch füllt, als sie fordern. Wahrscheinlich wird die liberale Presse unter üblicher Verleugnung ihrer Grundsätze den letzten Satz Wilhelms II. bejubeln, weil er wahrscheinlich gegen die allzu ungestüm fordernden Junker gerichtet ist. Ihre liberalen Grundsätze würden anstatt dessen von ihr die Erklärung fordern, daß es unterm konstitutionellen Regime keine Unterthanen, sondern nur Bürger giebt und daß von ihnen nichts als Gehorsam gegen die Gesetze gefordert werden kann.

Auch ein „Fall Löhning". Dem Vorwärts schreibt ein Leser:

Auf dem Gymnasium meiner kleinen deutschen Heimatstadt genossen wir in den Oberklassen den Unterricht einer markigen und knorrigen Persönlichkeit, des Professors W. Noch heute, wo ihn längst der Rasen deckt, gedenken seiner alle Schüler mit aufrichtigem Dank und freundschaftlichen Gefühlen . . .

Dieser Professor W., dessen Körperkraft durch die Strapazen von zwei Feldzügen wenn auch nicht gebrochen, so doch erschüttert worden war, erkrankte einmal auf einer Reise in ziemlich abgelegener Gegend lebensgefährlich. Nach dem Urteil der Aerzte hatte er seine Rettung nur der hingebenden Sorgfalt und aufopferungsvollen Gewissenhaftigkeit einer Krankenpflegerin zu danken. In der Zeit einer langsamen und oft durch kleine Rückfälle in Frage gestellten Genesung hatten sich allmählich zwischen dem Gelehrten und seiner Pflegerin, die ein schlichtes Kind aus dem Volke war, Gefühle entwickelt, die über Dankbarkeit und Freundschaft sehr bald hinweggingen. Professor W. hatte die Ueberzeugung gewonnen, in diesem Mädchen das Glück seines Lebens gefunden zu haben. Der schönen Hoffnung, das geliebte Mädchen, seine Retterin, eines Tages als sein Weib heimzuführen zu können, stellten sich indessen mannigfache Schwierigkeiten und Intriguen — siehe Fall Löhning! — entgegen. Um die Sache aufs Biegen oder Brechen zu stellen, fuhr deshalb W. eines Tages kurz entschlossen mit seiner Braut nach dem damals noch englischen Helgoland und ließ sich dort trauen. Gleiches Entsetzen in allen Philisterkreisen! Die Mütter aller „Heiratsfähigen", die langgenährte stille Hoffnungen mit einem Schlage vereitelt sahen, schnaubten vor Wut und ließen an „der Person", die den guten W. doch ganz offenbar nur durch Teufelskünste verführt haben konnte, kein gutes Haar. Der Plan des Rachefeldzuges war bald entworfen, und es stand schon vor der Rückkehr des W. von seiner Hochzeitsreise fest, daß er gesellschaftlich geboykottet werden müsse.

Den Gesch spielte in dieser Geschichte ein Oberlehrer F., natürlich Leutnant der Reserve, ein Reh-Bäh-Mann, der seinen Mangel an Wissen und Fähigkeiten durch mehr als gewöhnliche Schneidigkeit auszugleichen oder zu verdecken suchte.

So wäre wohl alles „gutgegangen" und die Sünde W.s gegen den heiligen Kastengeist empfindlich gerochen worden, wenn — ja, wenn damals meine Heimat über einen Rheinbaden verfügt hätte. Der aber fehlte, und deshalb nahm dieser „Fall" einen ganz anderen Ausgang. Als nämlich der schneidige Herr Leutnant und Auch-Lehrer die „peinliche Angelegenheit" in Gegenwart des Ministerialdezernenten vor versammeltem Lehrerkollegium der Anstalt zur Sprache brachte und seine begeisterte Rede für Thron, Altar, Autorität und Standessitte mit den fulminanten Worten schloß: „Und so glaube ich denn, meine Herren, daß leider ein Zusammenwirken mit dem sonst so überaus verehrten Herrn Kollegen W. nicht mehr möglich sein wird" — als er dies gesagt hatte, da erhob sich besagter Ministerialrat zu den ganz ruhig und langsam herausgebrachten Worten: „Nun ja, Herr F., dann steht ja Ihrem Austritt aus dem Lehrerkollegium gar nichts im Wege!"

Der Ministerialrat ist längst tot, auch Professor W. hat nur noch wenige glückliche Jahre an der Seite seiner liebenswürdigen und trefflichen Frau leben dürfen; Herr F. aber zog damals seiner Wege. Wenn ich nicht irre, nach — Preußen! Wo er gewiß eine glänzende Karriere gemacht hat.

Einen anderen Fall weiß die Voss. Ztg. zu erzählen: In einer Stadt Ostpreußens wirkte ein Oberbürgermeister 16 Jahre hindurch in tadelloser Amtsführung und mit großem, durch seine Wiederwahl und deren Bestätigung anerkanntem Erfolge. Vor etwa drei Jahren verlobte er sich mit einer an einer dortigen städtischen Schule angestellten Lehrerin. Kaum war diese Verlobung erfolgt, so erklärte der Regierungspräsident Hegel, ein Schwager des Oberpräsidenten v. Bitter in Posen, dem Stadtverordnetenvorsteher, nach dieser Verlobung sei die Stellung des Oberbürgermeisters unhaltbar. Diese Aeußerung kam auch der Braut des Oberbürgermeisters zu Ohren. Diese Dame, eine Witwe mit fünf Kindern, die nach dem Tode ihres ersten Gatten sich und ihre Familie ohne jedes Vermögen von ihrer Arbeit ernährte, hatte den Edelmut, um in die amtliche Laufbahn ihres Bräutigams keine Störung zu bringen, ihm nicht nur sein Wort zurückzugeben, sondern auch noch durch Dritte besondere Bemühungen anzustellen, damit der Oberbürgermeister diesen Verzicht annehme. Dieser aber, ein Mann von unabhängiger Gesinnung und ein Ehrenmann, dachte nicht daran, den aus innerster Neigung geschlossenen Bund zu lösen, und heiratete seine Braut. Alsbald nach Vollziehung der Ehe wurde dem Oberbürgermeister vom Regierungspräsidenten Hegel eine Disziplinaruntersuchung angekündigt, falls er nicht in seine Pensionierung willige. Der Oberbürgermeister hatte aber schon mit Rücksicht darauf, daß infolge der Aeußerung des Regierungspräsidenten zu dem Stadtverordnetenvorsteher auch gewisse „Honoratiorenkreise" von den Staatsbedenken des Herrn Hegel befallen wurden — man muß es erwägen, welches Aufsehen es in einer Mittelstadt erregt, wenn ein Heiratskandidat von Stand und Würden statt einer der vielen heiratsfähigen und heiratswilligen Honoratiorentöchter eine arme Witwe heiratet —, seine Pensionierung selbst beantragt und willigte, um sich aller Fesseln widriger Vorurteile zu entledigen, in seine Pensionierung. Bemerkt muß noch werden, daß bei dem Regierungspräsidenten Hegel der freisinnige und unabhängige Charakter des Oberbürgermeisters, den dieser in seiner amtlichen und bürgerlichen Haltung bewahrte, schon wiederholt Anstoß erregt hatte.

---

hing er ob seinen Gedanken. Dann lehnte der Stock in einer Ecke; über dem harten und steiflehnigen Ruhebett lag der Ueberrock, das Tischtuch, reinlich gefaltet, daneben. Er aber saß vor dem Tische, vor den regelrecht geschichteten Schreibheften, die er auszubessern hatte, trug eine Feder hinterm Ohr, eine in der Hand, und die Pausen der leidigen Arbeit füllten holde Bilder. Dann glänzten seine hellblauen Augen, dann liebkoste er den blonden, trotz aller Mühe struppigen Vollbart; dann sah er statt der einen Stube eine ganze Reihe, statt des Bücherspindes mit den wenigen, schon gebundenen, sorglich vor Staub behüteten Klassikern, auf das er so stolz, das ein Wahrzeichen seiner Wohnung war, mächtige Nußholzschränke; für die geringen Möbel, die er nun sein eigen und unter manchen Entbehrungen erwerben mußte, sah er stattlichen und geziemenden Hausrat. Allenthalben aber gebot Gabi mit ihrer Anmut, ihrer Lieblichkeit, und er suchte sich auszumalen, wie sie den Heimkehrenden begrüßen, wie sie einander ihre Neigung bezeigen würden, ohne ins Würdelose oder Ungeschickte zu fallen. Das füllte durch Jahre seine müßigen wie seine Feierstunden. Eine liebe Gewohnheit ward es ihm; jeder neue Zug, mit dem er sein Gemälde auszuschmücken vermochte, machte ihm eine echt künstlerische Freude. Bis die Ueberzeugung, es müsse so werden, seine Seele durchdrang, so sehr, daß ihm selber auch nicht der leiseste Zweifel mehr kund war; bis er sich auf seine stillen Abende freute, wie auf eine Verheißung, kaum minder stiller, doch noch holder. Ein bestimmtes Hoffen, ein sicheres und, wie er meinte, ihm nahes Ziel war in sein Leben getreten, und darum, weil er ihm zustrebte, um seine Erreichung nach seiner Art rang und sich mühte, statt, wie alsolange, nur einem fernen und ungewissen Scheine nachzuhangen, der durch die Nacht seiner Tage brach, mochte jene Zeit wohl die allerbeste heißen, die ihm überhaupt beschieden war . . .

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Coralie u. Komp. . . . Ein heiteres Vorkommnis wird in Breslau viel belacht. Direktor Halm gab mit einem Teile seines Breslauer Sommertheater-Ensembles vor längerer Zeit ein Gastspiel in Gleiwitz und Beuthen. Gegeben wurde Coralie u. Komp. Infolge einer dringenden Aufforderung durch die Beuthener Theaterleitung war Herr Halm, wie die Bresl. Morgen-Zeitung erzählt, am letzten Sonntag abermals mit seinen Darstellern nach der oberschlesischen Industrie-Metropole gereist. Der Abend kam heran. Alles war zur Vorstellung fertig. Nur einige unentbehrliche Requisiten fehlten, und der Tapezierer, der die Lieferung der Sachen übernommen hatte (derselbe, der bereits bei der früheren Vorstellung mit der Lieferung betraut war), erschien nicht. Der Direktor war in Verzweiflung. Die Sache sollte indessen bald eine eigenartige Aufklärung bekommen. Der schnell herbeizitierte Tapezierer begegnete allen an ihn gerichteten Fragen sehr unwirsch mit der Antwort, er liefere nichts mehr, man habe ihm seinen letzten Brief, der zugleich auch eine Rechnung enthielt, als unbestellbar zurückgehen lassen. Auf der Rückseite befand sich der Vermerk: „Adressat in Breslau nicht auffindbar." Ganz bestürzt schüttelt Direktor Halm sein Künstlerhaupt. „Das ist ja unmöglich, lieber Mann. Wie haben Sie denn adressiert?" — „Na, wie soll ich denn adressiert haben? Selbstverständlich: „Herren Coralie u. Komp."..

Allerhand Sonderbares. An dem Portal eines österreichischen Kirchhofes steht, wie die N. F. mitteilen, angeschrieben: „Nach der Verordnung des Gemeinderats dürfen nur Tote, welche in dieser Gemeinde leben, hier begraben werden."

Im Programm eines Ofen-Pester Mädchengymnasiums findet sich folgender Satz vor: „Aus der Mythologie müssen die Zöglinge wenigstens so viel lernen, daß sie die modernen Operetten zu verstehen fähig sind."

Auf einem Grabstein des Kirchhofes von Pagny-la-Blolle steht folgende Inschrift: „Hier ruht Claudine Menn, gestorben 28. Jänner 1855, 14 Jahre alt, beweint von ihren vier Kindern Amee, Pierre, François und Barbe, die alle vor ihr gestorben sind."

In einem Zirkus von Philadelphia kann man folgenden Anschlag lesen: „Sollte irgend ein Unglück geschehen und ein Künstler derart stürzen, daß sein Tod vorauszusehen ist, oder ein Zuschauer durch einen herabfallenden Klown erschlagen werden, so ist ein Geistlicher im Zirkus anwesend, um sogleich das letzte Abendmahl zu erteilen."

Ein Barbier in Tucson (Arizona) hat über seinem Laden ein langes und prächtig gemaltes Schild. Darunter steht in Form eines Postskriptums: „Gentlemen, welche nicht lesen können, mögen sich an den Besitzer wenden, welcher ihnen obige Aufschrift gern erklären wird."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020826/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG